

C.F. Müller Wirtschaftsrecht

## Hinweisgebersysteme

Implementierung in Unternehmen

Bearbeitet von  
RA Alexander Schemmel, Dr. Felix Ruhmannseder, RA Tobias Witzigmann

1. Auflage 2012. Buch. XXX, 342 S. Gebunden

ISBN 978 3 8114 4220 7

Format (B x L): 17,0 x 24,0 cm

[Recht > Strafrecht > Nebenstrafrecht, Wirtschaftsstrafrecht](#)

Zu [Leseprobe](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i> .....	V
<i>Inhaltsübersicht</i> .....	VII
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> .....	XIX
<i>Literaturverzeichnis</i> .....	XXV

## 1. Kapitel Einführung

<b>I. Gegenstand und Ziel der Untersuchung</b> .....	1
<b>II. Begriffsklärung</b> .....	3
1. Whistleblowing .....	3
a) Herkunft des Begriffs .....	3
b) Definition .....	3
c) Übertragung des Begriffs ins Deutsche .....	5
d) Formen des Whistleblowings .....	5
e) Whistleblowing als Teil eines Prozesses .....	5
f) Negative Abgrenzung .....	7
2. Hinweisgebersystem .....	8
3. Corporate Governance .....	9
a) Definition .....	9
b) Übertragung des Begriffs ins Deutsche .....	12
4. (Corporate) Compliance .....	12
a) Definition .....	12
b) Deutscher Corporate Governance Kodex (DCGK) .....	14
c) Prüfungsstandard des Wirtschaftsprüferinstituts (IDW PS 980) .....	16
5. Risikomanagement .....	18
6. Corporate Governance, Corporate Compliance und Risiko- management .....	19
<b>III. Whistleblowing im Spannungsfeld zwischen Denunziantentum und Zivilcourage</b> .....	20
1. Länderspezifisch unterschiedliche öffentliche Wahrnehmung .....	20
a) Öffentliche Wahrnehmung in den anglo-amerikanischen Ländern, vor allem in den USA .....	20
b) Öffentliche Wahrnehmung in Deutschland .....	21
c) Gründe für die unterschiedliche öffentliche Wahrnehmung .....	21
d) Anzeichen einer Annäherung .....	23
2. Eigene Bewertung .....	23
a) Beweggründe des Hinweisgebers als tragfähiger Beurteilungsmaßstab? .....	23
b) Gemeinwohlförderliche Folgen von Whistleblowing .....	25
c) Gefahren für den Hinweisgeber und für die betroffene Organisation .....	25
d) Fazit .....	26

<b>IV. Überblick über die wichtigsten Ausgestaltungsmöglichkeiten</b> .....	28
1. Hinweisempfänger .....	28
a) Internes Whistleblowing .....	28
b) Externes Whistleblowing .....	29
2. Hinweisgeber .....	29
a) Der Kreis möglicher Hinweisgeber .....	29
b) Der Umgang mit der Identität von Hinweisgebern .....	30
c) Die Auslobung einer Prämie zugunsten von Hinweisgebern .....	30
3. Hinweisgegenstand .....	31
4. Konkretisierung und/oder Ausweitung bestehender Hinweis- pflichten .....	31
5. Art und Weise der Hinweisübermittlung .....	31
6. Mittel zur Implementierung eines Hinweisgebersystems .....	32

## 2. Kapitel

### Grundprinzipien der Compliance-Organisation

<b>I. Grundlagen</b> .....	33
1. Ziele und Funktionen .....	33
2. Rechtsgrundlagen .....	35
a) Gesellschafts- und handelsrechtliche Grundlagen .....	36
b) Straf- und ordnungswidrigkeitenrechtliche Grundlagen .....	39
aa) Sanktionen gegen Unternehmen .....	40
bb) Zurechnung unternehmensbezogenen Handelns .....	44
(1) Zurechnung besonderer persönlicher Merkmale gemäß §§ 14 StGB, 9 OWiG .....	44
(2) Verantwortlichkeit der Unternehmensleitung für das Verhalten von Mitarbeitern .....	46
c) Spezialgesetzliche Grundlagen .....	50
3. Rechtspflicht zum Aufbau einer Compliance-Organisation? .....	52
<b>II. Wichtige Schritte auf dem Weg zu einem funktionstüchtigen Compliance- Management-System</b> .....	55
1. Compliance Commitment .....	55
2. Risikoanalyse .....	56
3. Organisatorische Maßnahmen zum Aufbau des Systems .....	57
a) Aufgabenzuweisung und Delegation .....	57
b) Einführung unternehmensinterner Verhaltensrichtlinien .....	61
4. Informationsmanagement (Kommunikation, Schulung, Beratung) .....	61
5. Überwachung, Dokumentation, Wirksamkeitskontrolle .....	64
a) Kontrolle, Aufklärung, Sanktionierung .....	64
b) Dokumentation .....	66
c) Wirksamkeits- und Effizienzkontrolle .....	67

### 3. Kapitel

#### Mögliche Gründe für Unternehmen, ein Hinweisgebersystem zu implementieren

<b>I. Rechtspflicht zur Implementierung eines Hinweisgebersystems? .....</b>	69
1. Rechtspflicht nach Maßgabe des <i>Sarbanes-Oxley Act (SOX)</i> .....	69
a) Sarbanes-Oxley Act (SOX) .....	69
b) Rechtspflicht gemäß Sec. 301 SOX (= Sec. 10A (m) (4) SEA) .....	70
c) Anwendbarkeit der Regelung auf Unternehmen in Deutschland .....	72
2. Rechtspflicht jenseits des Anwendungsbereichs des <i>Sarbanes-Oxley Act</i> .....	73
<b>II. Sechs gute Gründe für die Implementierung eines Hinweisgebersystems ...</b>	74
1. Frühzeitige Kenntnis unternehmensbezogenen Fehlverhaltens („Frühwarnsystem“) .....	74
2. Kanalisierung eingehender Hinweise .....	76
3. Hinweisgebersystem als Kontrollmechanismus im Rahmen der Compliance-Struktur .....	77
4. Minimierung rechtlicher Risiken .....	80
5. Zur Bedeutung eines funktionstüchtigen Hinweisgebersystems für die Unternehmenskultur und umgekehrt .....	82
a) Hinweisgebersysteme als Mittel zur Verbesserung der Unternehmenskultur .....	82
b) Steigerung der Leistungsfähigkeit bestehender Hinweisgebersysteme durch Förderung einer intakten Unternehmenskultur .....	83
6. Möglichkeit positiver Außendarstellung .....	85

### 4. Kapitel

#### Vorteile eines funktionstüchtigen Hinweisgebersystems aus Sicht potentieller Hinweisgeber

<b>I. Verringerung der Gefahr einer Diskreditierung .....</b>	87
<b>II. Ausschluss strafrechtlicher Risiken .....</b>	89
1. Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen .....	89
a) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse .....	89
aa) Unternehmensbezug .....	90
bb) Keine Offenkundigkeit .....	90
cc) Geheimhaltungswille .....	91
dd) Objektives Geheimhaltungsinteresse .....	91
b) § 17 Abs. 1 UWG .....	92
aa) Täter .....	93
bb) Tatobjekt .....	93
cc) Tathandlung .....	94
(1) Mitteilung .....	94
(2) Mitteilungsempfänger .....	95
(3) Mitteilungszeitpunkt .....	95
(4) Unbefugtheit der Mitteilung .....	95

dd) Subjektiver Tatbestand .....	96
ee) Rechtfertigung gemäß § 34 StGB? .....	98
c) § 203 StGB .....	100
d) § 353b StGB .....	101
e) Weitere Vorschriften des Nebenstrafrechts zum Schutz von Unternehmensgeheimnissen .....	101
f) Zusammenfassung .....	102
2. Falsche Verdächtigung (§ 164 StGB) .....	102
a) Unvermeidbarkeit des Risikos inhaltlich unrichtiger Hinweise .....	102
b) Rechtliche Würdigung vor dem Hintergrund des § 164 StGB .....	103
c) Zusammenfassung .....	105
3. Ehrverletzungsdelikte (§§ 186, 187 StGB) .....	106
4. Zusammenfassung .....	111
<b>III. Minimierung arbeits- und zivilrechtlicher Risiken .....</b>	<b>112</b>
1. Hinweiserteilung als Pflichtverletzung .....	112
a) Denkbare Pflichtverletzungen des Hinweisgebers .....	112
aa) Verletzung der arbeitsvertraglichen Hauptleistungspflicht .....	112
bb) Verletzung arbeitsvertraglicher Nebenpflichten .....	113
(1) Die Einteilung der Nebenpflichten in zwei Gruppen .....	113
(2) Der Topos der „Treuepflicht“ .....	113
(3) Die Verschwiegenheitspflicht .....	115
(4) Sonstige, durch die Hinweiserteilung potentiell tangierte selbstständige Nebenpflichten des Arbeitnehmers .....	120
(5) Besonderheiten im Hinblick auf Beschäftigte im öffentlichen Sektor .....	121
b) Keine Pflichtverletzung bei Bestehen einer Offenbarungspflicht .....	123
aa) Gesetzliche Offenbarungspflichten .....	124
(1) Zeugnispflichten im Rahmen gerichtlicher und behördlicher Verfahren .....	124
(2) Anzeigepflicht gemäß § 138 StGB .....	125
(3) Gesetzlich vorgesehene, innerbetriebliche Anzeige- pflichten .....	126
bb) Vertragliche Offenbarungspflichten (bei Fehlen konkreter Vereinbarungen) .....	127
(1) Auskunftspflichten des Arbeitnehmers .....	127
(2) Anzeigepflichten des Arbeitnehmers .....	129
cc) Ergebnis .....	132
c) Keine Pflichtverletzung bei Bestehen eines Anzeige- oder Beschwerderechts .....	133
aa) Fehlen einer speziellen gesetzlichen Regelung .....	133
bb) Recht zur Anzeige gegenüber unternehmensexternen Stellen ...	136
(1) Recht zur Erstattung einer Strafanzeige, § 158 Abs. 1 StPO ..	136
(2) Notwehr (§ 227 BGB) als Anzeigerecht .....	145
(3) Sonstige besondere Anzeigerechte .....	145
(4) Anzeigerecht infolge grundrechtskonformer Auslegung arbeitsvertraglicher Nebenpflichten .....	147

cc) Recht zur Anzeige gegenüber unternehmensinternen Stellen . . . .	148
(1) Besondere Beschwerderechte . . . . .	148
(2) Allgemeines Anzeige- und Beschwerderecht . . . . .	151
d) Zusammenfassung . . . . .	151
2. Mögliche Konsequenzen einer Pflichtverletzung durch Hinweiserteilung . . . . .	153
3. Minimierung arbeits- und zivilrechtlicher Risiken durch Implementierung eines Hinweisgebersystems . . . . .	155

## 5. Kapitel

### Weichenstellungen bei der Implementierung eines Hinweisgebersystems

<b>I. Zuständigkeit</b> . . . . .	157
<b>II. Bestimmung des Hinweisempfängers</b> . . . . .	160
1. Gestaltungsmöglichkeiten . . . . .	160
2. Vor- und Nachteile der einzelnen Gestaltungsmöglichkeiten . . . . .	161
a) Der Aufsichtsrat als Hinweisadressat . . . . .	161
b) Der Vorstand als Hinweisadressat . . . . .	164
c) Der Betriebsrat als Hinweisadressat . . . . .	164
d) Die Wahl einer sonstigen unternehmensinternen Stelle als Hinweisadressat . . . . .	165
e) Die Beauftragung einer unternehmensexternen Ombudsstelle . . . . .	168
3. Empfehlung . . . . .	169
4. Hinweise zur konkreten Umsetzung . . . . .	171
a) Anforderungsprofil . . . . .	171
b) Vertragsgestaltung . . . . .	172
c) Aufgabenbereich . . . . .	174
<b>III. Bestimmung des Kreises möglicher Hinweisgeber</b> . . . . .	176
1. Gestaltungsmöglichkeiten . . . . .	176
2. Vor- und Nachteile der beiden Modelle . . . . .	177
3. Fazit . . . . .	178
4. Hinweise zur konkreten Umsetzung . . . . .	178
<b>IV. Umgang mit der Identität der Hinweisgeber</b> . . . . .	178
1. Gestaltungsmöglichkeiten . . . . .	178
2. Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Modelle . . . . .	179
3. Empfehlung . . . . .	181
4. Hinweise zur konkreten Umsetzung . . . . .	181
<b>V. Auslobung einer Prämie für Hinweisgeber?</b> . . . . .	182
<b>VI. Konkretisierung des Hinweisgegenstands</b> . . . . .	185
1. Gestaltungsmöglichkeiten . . . . .	185
2. Fazit . . . . .	186

<b>VII. Konkretisierung und/oder Ausweitung bestehender Hinweispflichten? ...</b>	186
1. Ausgangslage .....	187
2. Rechtliche Grenzen einer Ausweitung bestehender Hinweis-	
pflichten .....	187
3. Vor- und Nachteile einer Ausweitung bestehender Hinweis-	
pflichten .....	191
4. Empfehlung .....	192
5. Hinweise zur konkreten Umsetzung .....	192
<b>VIII. Angebotene Art(en) der Hinweisübermittlung .....</b>	193
1. Gestaltungsmöglichkeiten .....	193
2. Vor- und Nachteile der einzelnen Gestaltungsmöglichkeiten .....	194
3. Empfehlung .....	195
<b>IX. Möglichkeiten der Implementierung des Systems .....</b>	196
1. Umfassende Unterrichtung potentieller Hinweisgeber .....	196
2. Implementierung im Rahmen eines Verhaltenskodex .....	198
a) Begriffsbestimmung .....	198
b) Gründe für die Einführung eines Verhaltenskodex .....	198
c) Typische Inhalte eines Verhaltenskodex .....	201
d) Empfehlung .....	203
3. Möglichkeiten der Einführung entsprechender Regelungen in das	
Arbeitsverhältnis .....	203
a) Weisung (§ 106 GewO) .....	203
b) Arbeitsvertragliche Regelungen .....	206
c) Betriebsvereinbarung .....	210
d) Tarifvertrag .....	213
e) Empfehlung .....	215
<b>X. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats .....</b>	216
1. Umfang der Mitbestimmung .....	216
2. Zuständigkeitsfragen .....	218
a) Kollisionsrechtliche Grundfragen .....	218
b) Zuständiges Betriebsverfassungsorgan .....	220
aa) Betriebsrat .....	220
bb) Gesamtbetriebsrat .....	220
cc) Konzernbetriebsrat .....	222
3. Mögliche Beteiligungstatbestände .....	223
a) Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten (§ 87 BetrVG) .....	223
aa) § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG .....	225
(1) Regelungen zum „Ob“ der Hinweiserteilung .....	226
(2) Regelungen zum „Wie“ der Hinweiserteilung .....	228
bb) § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG .....	229
cc) Mögliche Formen der Mitbestimmung/Initiativrecht .....	230
dd) Konsequenzen unterbliebener Mitbestimmung .....	231
b) Allgemeine Informationsrechte des Betriebsrats .....	232
4. Fazit .....	232

## 6. Kapitel

### Beachtung datenschutzrechtlicher Vorgaben

<b>I. Verfassungsrechtliche Grundlagen</b> .....	233
<b>II. Rechtlicher Rahmen</b> .....	235
<b>III. Anwendbarkeit des Bundesdatenschutzgesetzes</b> .....	237
1. Sachlicher Anwendungsbereich .....	237
2. Räumlicher Anwendungsbereich .....	239
<b>IV. Verbot mit Erlaubnisvorbehalt (§ 4 BDSG)</b> .....	240
<b>V. Mögliche Erlaubnistatbestände</b> .....	241
1. Einwilligung (§§ 4 Abs. 1, 4a BDSG) .....	241
2. Erlaubnisnormen außerhalb des Bundesdatenschutzgesetzes .....	244
a) Sec. 301 (4) SOX .....	245
b) Betriebsvereinbarung als „andere Rechtsvorschrift“ im Sinne des § 4 Abs. 1 BDSG .....	245
3. Die Erlaubnistatbestände des Bundesdatenschutzgesetzes .....	247
a) Mögliche Erlaubnistatbestände und deren Anwendungsbereich im Überblick .....	247
aa) Entstehungsgeschichte des § 32 BDSG .....	247
bb) Persönlicher Anwendungsbereich des § 32 BDSG .....	248
cc) Sachlicher Anwendungsbereich des § 32 Abs. 1 S. 2 BDSG .....	249
dd) Sachlicher Anwendungsbereich des § 32 Abs. 1 S. 1 BDSG .....	250
ee) Anwendungsbereich des § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BDSG (im Bereich des Beschäftigtendatenschutzes) .....	252
b) Bestimmung der einschlägigen Erlaubnisnorm .....	253
aa) Abgrenzung von § 32 Abs. 1 S. 1 BDSG und § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BDSG .....	253
(1) Personenbezogene Daten des Hinweisgebers .....	254
(2) Personenbezogene Daten des Verdächtigten .....	254
bb) Abgrenzung von § 32 Abs. 1 S. 1 BDSG und § 32 Abs. 1 S. 2 BDSG .....	255
(1) Personenbezogene Daten des Hinweisgebers .....	255
(2) Personenbezogene Daten des Verdächtigten .....	255
c) Voraussetzungen der einschlägigen Erlaubnisnormen .....	257
aa) § 32 Abs. 1 S. 1 BDSG .....	257
bb) § 32 Abs. 1 S. 2 BDSG .....	258
cc) § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BDSG .....	259
dd) Zusätzliche Anforderungen in Fällen der Dritterhebung, § 4 Abs. 2 BDSG .....	259
ee) Zusammenfassung .....	261
d) Datenschutzrechtliche Verhältnismäßigkeitsprüfung .....	261
aa) Verfolgung eines legitimen Zwecks .....	261
bb) Geeignetheit .....	262
cc) Erforderlichkeit .....	262



dd) Angemessenheit (Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne) .....	263
(1) Qualität des in Rede stehenden Fehlverhaltens .....	264
(2) Kreis potentieller Hinweisgeber bzw. potentiell Verdächtigter .....	265
(3) Verdachtsgrad .....	266
(4) Schutz vor bewusst unzutreffenden, verleumderischen Verdächtigungen .....	266
(5) Vermeidung anonymer Hinweiserteilung .....	267
(6) Datensparsamkeit und Datensicherheit .....	268
e) Benachrichtigungs-, Auskunfts- und Löschungspflichten .....	268
aa) Benachrichtigungspflicht, §§4 Abs.3 S.1, 33 Abs.1 S.1 BDSG ...	268
bb) Auskunftsanspruch, §34 Abs.1 S.1 BDSG .....	269
cc) Löschungspflichten, §35 Abs.2 S.2 Nr.2 und Nr.3 BDSG .....	270
f) Ausblick: Einschlägige Erlaubnisnormen im aktuellen Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes .....	270
aa) Personenbezogene Daten des Hinweisgebers .....	270
bb) Personenbezogene Daten des Verdächtigten .....	271
<b>VI. Datenschutzrechtliche Besonderheiten bei Beauftragung eines     unternehmensexternen Hinweisempfängers .....</b>	<b>274</b>
1. Auftragsdatenverarbeitung oder Funktionsübernahme? .....	274
a) Bedeutung der Unterscheidung .....	274
b) Abgrenzungskriterien .....	275
2. Pflichten der Beteiligten bei der Auftragsdatenverarbeitung (§11 BDSG) .....	276
3. Beauftragung eines unternehmensexternen Ombudsmanns .....	280
a) Auftragsdatenverarbeitung oder Funktionsübernahme? .....	280
b) Hinweise zur konkreten Umsetzung .....	281
4. Beauftragung eines Callcenters .....	283
5. Beauftragung eines unternehmensexternen Hinweisempfängers im Konzern .....	284
<b>VII. Datenschutzrechtliche Besonderheiten bei grenzüberschreitenden     Datentransfers .....</b>	<b>286</b>
1. Datenübermittlung innerhalb des Geltungsbereichs der EG- Datenschutzrichtlinie .....	287
2. Datenübermittlung in einen Drittstaat .....	288
<b>VIII. Zusammenfassung – Wegweiser für die Praxis zur Vermeidung von     Verstößen gegen datenschutzrechtliche Vorgaben .....</b>	<b>291</b>
1. Erforderliche Maßnahmen vor Inbetriebnahme des Hinweisgebersystems .....	291
a) Bestehen einer Meldepflicht? .....	291
b) Vorabkontrolle durch den Datenschutzbeauftragten .....	292
c) Umfassende Unterrichtung der Belegschaft .....	293
2. Rechtfertigung datenschutzrechtlich relevanter Maßnahmen .....	293
a) Anwendbarkeit des Bundesdatenschutzgesetzes – Verbot mit Erlaubnisvorbehalt .....	293
b) Einwilligung des Betroffenen .....	293

c) Rechtfertigung durch die Regelungen einer Betriebsvereinbarung .....	293
d) Erlaubnistatbestände des Bundesdatenschutzgesetzes – Anwendungsbereich und Abgrenzung .....	294
e) Verhältnismäßigkeitsprüfung, Interessenabwägung .....	294
f) Datensparsamkeit und Datensicherheit .....	295
g) Mitteilungs-, Auskunfts- und Löschungspflichten .....	296
h) Mögliche Änderungen infolge der geplanten Neuregelung .....	296
3. Besonderheiten bei Beauftragung einer unternehmensexternen Stelle als Hinweiseumfänger .....	297
a) Ombudsmann .....	297
b) Callcenter .....	297
c) Konzerninterne Lösung .....	297
4. Besonderheiten bei grenzüberschreitenden Datentransfers .....	298
a) Datenübermittlung im Rahmen des Geltungsbereichs der EG-Datenschutzrichtlinie .....	298
b) Datentransfer in einen Drittstaat .....	298
c) Grenzüberschreitende Auftragsdatenverarbeitung .....	299

## 7. Kapitel

### Zugriffsmöglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden auf die erlangten Informationen

<b>I. Zugriffsrechte bei unternehmensinternem Hinweiseumfänger .....</b>	<b>301</b>
1. Ausgangslage .....	301
2. Verbesserung der Situation durch Benennung eines Syndikusanwalts als Hinweiseumfänger? .....	302
<b>II. Zugriffsrechte bei Beauftragung eines Rechtsanwalts als Ombudsmann ...</b>	<b>304</b>
1. Die Stellung des Ombudsmanns .....	304
2. Zeugnisverweigerungsrecht .....	305
a) Bestehen eines Zeugnisverweigerungsrechts .....	305
b) Entbindung von der Schweigepflicht .....	307
3. Beschlagnahmefreiheit von Unterlagen in der Gewahrsamssphäre des Ombudsmanns .....	310

## 8. Kapitel

### Leitfaden für die Implementierung eines funktionstüchtigen Hinweisgebersystems

<b>I. Die wichtigsten Gründe für die Implementierung eines Hinweisgebersystems .....</b>	<b>315</b>
<b>II. Zuständigkeit .....</b>	<b>318</b>
<b>III. Schaffung verbindlicher Regelungen .....</b>	<b>319</b>
1. Das Zusammenspiel von Verhaltenskodex und gesonderter Richtlinie ...	319
2. Zentrale Regelungsgegenstände .....	319

3. Einführung der Regelungen in das Arbeitsverhältnis .....	320
4. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats .....	321
<b>IV. Auswahl eines geeigneten Hinweisempfängers .....</b>	<b>322</b>
1. Präferenz zugunsten einer unternehmensexternen Lösung .....	322
2. Ausgestaltung des Vertrags mit dem Ombudsmann .....	323
<b>V. Weitere Weichenstellungen bei der Ausgestaltung des Systems .....</b>	<b>324</b>
1. Kreis möglicher Hinweisgeber .....	324
2. Umgang mit der Identität der Hinweisgeber .....	325
3. Konkretisierung des Hinweisgegenstands sowie bestehender Hinweispflichten .....	325
4. Angebotene Arten der Hinweisübermittlung .....	326
5. Auslobung einer Prämie? .....	327
<b>VI. Notwendige Maßnahmen vor Inbetriebnahme des Systems .....</b>	<b>327</b>
<b>VII. Entgegennahme und Bearbeitung eingehender Hinweise .....</b>	<b>329</b>
<i>Stichwortverzeichnis .....</i>	<i>331</i>